

Sozialdemokratische Außenpolitik jenseits des Ost-West-Konflikts

1. Ein neuer außenpolitischer Rahmen

Unter den Trümmern der Berliner Mauer ist eine Welt hervorgekommen, auf die wir nicht gefaßt waren. Ihre neue Gestalt entwickelt sich noch. Aus Sicht der Außenpolitik ist aber eines klar: Diese Welt ist für Deutschland günstiger, aber auch weniger einfach und weniger übersichtlich als jene vor 1989. Zwischen dem Weltkrieg und der Implosion des Ostblocks mußten in Deutschland sämtliche außen- und sicherheitspolitischen Fragen vor dem Hintergrund des Ost-West-Konflikts gesehen und beurteilt werden. Gleich, ob es um die Wiederbewaffnung Deutschlands oder die Entspannungspolitik ging, ob um die Priorität der Westintegration oder den Doppelbeschluß der NATO, stets stellte der Ost-West-Konflikt den Rahmen dar, innerhalb dessen die politischen Entscheidungen getroffen wurden. Der Zusammenhang außenpolitischer Streitfragen mit dem im wahrsten Sinne des Wortes lebensbedrohlichen Ost-West-Konflikt erklärt auch, weshalb Themen der Außen- und Sicherheitspolitik nicht nur Themen der politischen und intellektuellen Eliten gewesen sind, sondern die Menschen so sehr bewegten, daß sie in Massen auf die Straßen gingen.

Den einfachen Frontstellungen des Ost-West-Konflikts entsprachen die Streitlinien in der außenpolitischen Diskussion in Deutschland. Die Entspannung, der Antikommunismus - derartige Schlagworte genügten, die Identität von Linken und Rechten zu bestimmen. Selbst heute noch wird gelegentlich die Möglichkeit einer solch simplen Polarisierung vermißt. Während des Golf-Krieges etwa gab es Versuche, nach traditionellem Muster zu polarisieren. Aber spätestens im Streit zwischen den sogenannten „Pazifisten“ und den sogenannten „Bellizisten“ entwickelten sich neue Argumentationslinien, die nicht mehr entlang der bekannten Abgrenzungen zwischen links und rechts verliefen. Auch der Versuch, auf der Auseinandersetzung im ehemaligen Jugoslawien eine Debatte nach traditionellem Muster zu führen, über die Militarisierung der deutschen Außenpolitik nämlich, war zum Scheitern verurteilt. Der Versuch scheiterte nicht nur in der SPD, sondern auch bei den GRÜNEN. Auf der anderen Seite ist für die CDU der Versuch immer absurder, wahlkämpferischen Halt mit dem Thema der fünfziger Jahre: "Alle Wege des Sozialismus führen nach Moskau" zu finden. Als Ergebnis dieser fehlenden Polarisierungsmöglichkeit ist es unvermeidlich, daß wir zwischen einzelnen Personen verschiedener Parteien in Einzelfragen größere Übereinstimmung entdecken als zwischen verschiedenen Personen in der gleichen Partei.

Wirklich zu erfassen, was sich für unsere Außen- und Sicherheitspolitik seit der Revolution von 1989/90 geändert hat, fällt schwer, und es wird noch einige Zeit dauern, bis es uns tatsächlich gelungen ist. Als Hans-Dietrich Genscher im Zusammenhang mit den Verhandlungen über die deutsche Einheit im Jahr 1990 versicherte, auch nach der deutschen Einheit werde es eine ungebrochene Kontinuität der deutschen Außenpolitik geben, wies ich bereits damals darauf hin, daß diese Aussage einzig zur Vertrauensbildung bei unseren Nachbarn nützlich war. Auch für diese bestand nämlich das Problem, die Bedeutung der revolutionären Ereignisse von 1989/90 zu erkennen. Entsprechend hofften auch sie, Deutschland möge die gleiche Politik fortführen wie vor 1989, orientiert an den einfachen Frontstellungen des Ost-West-Konflikts. Sobald jedoch auch unsere Nachbarn das Ausmaß der beginnenden Veränderungen zu verstehen begannen, mußten sie hinter den undifferenzierten Bekenntnissen zur Kontinuität deutscher Außenpolitik entweder eine heimliche außenpolitische Agenda vermuten oder die Unfähigkeit, die neue Sachlage zu erfassen. Als analytische Aussage also war Genschers Aussage falsch. Denn für kein Land

haben die außen- und sicherheitspolitischen Rahmenbedingungen sich in den Jahren 1989/90 so verändert wie für Deutschland.

Diese Veränderung betrifft die 45 Jahre seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges. Seit dem 3.10.1990 ist Deutschland nicht mehr geteilt. Es unterliegt auch nicht mehr besatzungsrechtlichen Einschränkungen seiner Souveränität. Die Veränderung reicht aber noch viel tiefer. Sie betrifft einen Zeitraum, der Jahrhunderte umfaßt. Deutschland ist umgeben von Staaten, die ihm freundlich gesinnt sind. In solch einer günstigen außenpolitischen Lage hat sich Deutschland seit der ersten deutschen Katastrophe – der des Dreißigjährigen Krieges - nicht mehr befunden: Anders als beim Westfälischen Frieden von 1648, dem Wiener Kongress von 1815, dem Versailler Vertrag von 1919 und dem Potsdamer Abkommen von 1945 wird das 1990 erneut vereinigte Deutschland mit bundesstaatlicher Regierung von seinen europäischen Nachbarn nicht mehr als Bedrohung angesehen.

2. Interessen und Perspektiven

Auch die Bestimmung der außen- und sicherheitspolitischen Interessen Deutschlands vor 1989/90 war einfach. Es fällt schwerer, Interessen zu definieren, wenn sich ihre Bedingungen ständig verändern, wie das seit 1989 der Fall ist. So wird auch in der außenpolitischen Diskussion häufig lieber von Verantwortung oder von Werten gesprochen, weniger gern von Interessen. Deutschland hat aber Interessen. Mangelnde Klarheit in ihrer Definition führt dazu, daß es an Klarheit bei der Bestimmung von Prioritäten mangelt.

Deutschland hat ein Interesse, Frieden und Demokratie zu erhalten und auszubauen, seinen wirtschaftlichen Wohlstand fortzuentwickeln und die sozialen und ökologischen Bedingungen zu verbessern. Dies ist am ehesten als Teil einer internationalen Gemeinschaft möglich, die Demokratie und Menschenrechten verpflichtet ist. Dabei bewegen wir uns in einem immer enger vernetzten regionalen und globalen Umfeld. Deshalb müssen unsere Interessen in Außenpolitik umgesetzt werden.

Vor diesem Hintergrund hat die deutsche Außenpolitik die folgenden Prioritäten:

- die Vertiefung der europäischen Integration;
- die Erneuerung und den Ausbau der euro-atlantischen Bindungen;
- die Stabilisierung Ostmittel- und Osteuropas sowie Südosteuropas durch die Integration und Kooperation mit demokratischen Staaten;
- die Stabilisierung, die wirtschaftliche Zusammenarbeit und die Entschärfung der Sicherheitsrisiken in den Staaten des Nahen und Mittleren Ostens und südlich des Mittelmeeres;
- die Lösung globaler Probleme der Ökonomie und Ökologie, die zum Teil auch mit Sicherheitsfragen zusammenhängen, zum Teil mit der UNO, zum Teil der WTO, und die zum Teil neue Institutionen und Regeln für den Umgang mit der global orientierten Ökonomie sowie ökologischen Fragen erfordern.

3. Die Aufgabe europäischer Integration

Deutschland ist aus zwei wichtigen Gründen am Fortgang der europäischen Integration interessiert. Dies sind die Erhaltung des Friedens sowie des wirtschaftlichen Wachstums.

Der deutsche Markt allein ist zu klein für die Bedürfnisse einer auf externen Handel hin orientierten Nation. Wir haben deshalb ein Interesse daran, in einem möglichst weltoffenen Umfeld Handelsbeziehungen zu pflegen und in unserer näheren Umgebung einen möglichst großen integrierten gemeinsamen Markt - mit einer gemeinsamen Währung - zu haben. Das bedeutet, daß wir nicht nur den Integrationsprozeß Europas vorantreiben müssen, sondern auch die Öffnung der EU für jene Staaten Ostmittel- und Osteuropas, die bereits in der Lage sind, am Integrationsprozeß teilzunehmen.

Welch große Rolle der friedenspolitische Gedanke spielt, zeigt sich in der fortbestehenden Gefahr einer Destabilisierung durch das Ringen um Einfluß zwischen den Staaten Europas. Wenn in unserer politischen Diskussion immer wieder davon gesprochen wird, daß Deutschland heute die Verantwortung für seine Politik alleine trägt, bedeutet das, daß solch eine Verantwortung politisch nur dann umsetzbar ist, wenn sie mit Einfluß verbunden ist. Obwohl in unserem politischen Sprachgebrauch dieser Begriff des Einflusses nur selten vorkommt, besteht seine Realität dennoch - schon ein Blick nach Bosnien belegt dies. Es geht also nicht um die Frage, ob ein Staat Einfluß hat, sondern es geht um die Frage, wie er damit umgeht. Angesichts der Größe Deutschlands im Vergleich zu seinen Nachbarn ist der Einfluß Deutschlands für seine Nachbarn jedoch nur dann erträglich, wenn er durch multilaterale Integration ausbalanciert wird. In diesem Integrationszusammenhang mit unserem Einfluß umzugehen, müssen wir aber erst noch lernen. Ohne Integration werden für Deutschland ungünstigere außen- oder wirtschaftspolitische Koalitionen entstehen, um die Macht Deutschlands auszugleichen. Selbst wenn dies keine verteidigungspolitischen Koalitionen sind, werden sie umgekehrt bei den Deutschen Einkreisungsängste hervorrufen. Die einzige Möglichkeit des Auswegs aus diesem Dilemma ist, das Problem des Einflusses Deutschlands innerhalb Europas konstruktiv durch Integration in gemeinsame Institutionen mit den Nachbarn zu lösen. Deshalb ist die Integration ein Instrument, mit dem mögliche negative Folgen der relativen Schwäche verhindert werden, nämlich eine Lage, in der Staaten sich in einem bilateralen Verhältnis zu Deutschland empfinden würden.

Erst das in multilaterale Institutionen integrierte Deutschland findet sich institutionell gezwungen, bei der Definition seiner eigenen außenpolitischen Interessen die Interessen seiner Nachbarn zu berücksichtigen. Ebenso geht es umgekehrt unseren Nachbarn auch. Das heißt aber auch, daß das Verhältnis Deutschlands zu seinen Nachbarn nicht mehr zu sehr abhängig ist von guten deutschen Absichten. Vielmehr würde jede deutsche Politik in den Verknotungen multilateraler Integration scheitern, wenn sie die Interessen der Nachbarn nicht ausreichend berücksichtigte. Die positive Wirkung multilateraler Integration entspricht deshalb den wohlverstandenen deutschen Interessen: Sie verringert einerseits die für unsere Nachbarn problematischen Folgen wachsenden deutschen Einflusses und gewährleistet andererseits eine partnerschaftliche Beziehung aller Nachbarn zu Deutschland.

4. Die euro-atlantische Aufgabe

Die bisherige Dichte der euro-atlantischen Beziehungen ist nicht mehr selbstverständlich, da die Bedrohung durch einen gemeinsamen, starken Gegner Nordamerika nicht mehr mit Europa zusammenbindet. Der Ausbau der euro-atlantischen Stabilitätsachse ist dennoch weiterhin eines der wichtigsten außen- und sicherheitspolitischen Interessen Deutschlands. Künftig ist es allerdings in weitaus geringerem Maße als in der Vergangenheit die militärische Abhängigkeit von den USA und der Schutz ihres nuklearen Schirmes, der die Partner über den Atlantik aneinander bindet. Künftig werden die transatlantischen Beziehungen auf Dauer nur dann stabil bleiben, wenn sie ausbalanciert sind. Auch deshalb ist eine handlungsfähige, starke EU wichtig, und deshalb ist auch der Bau eines festen europäischen Pfeilers innerhalb der NATO sinnvoll. Die USA können nicht erwarten, daß bei der Reduzierung ihrer Truppen und der Reintegration Frankreichs und Spaniens in die NATO, schließlich auch nach der Integration der ostmitteleuropäischen Beitrittsstaaten Tschechien, Polen und Ungarn, sämtliche Kommandostrukturen wie bisher erhalten werden. Die USA werden Positionen an einen eigenständigeren europäischen Partner abgeben müssen.

Grundsätzlich werden auch die Regeln der euro-atlantischen Handelsbeziehungen neu geklärt werden müssen. Das Helms-Burtons-Gesetz des amerikanischen Kongresses ist ein Beispiel, wie sich Nachlässigkeit in der Regelung beide Seiten betreffender Fragen in nachhaltig schädliche Friktion verwandelt. Beide Seiten versäumen es zu oft, sich wegen Fragen oder Konflikten außerhalb des nordatlantischen Bereiches ausreichend zu konsultieren. In solchen Gesprächen könnte sich nicht nur einer der beiden Partner in die Strategie des anderen einbinden lassen, vielmehr könnten auch gemeinsam vereinbarte globale Strategien das Ergebnis sein.

Die Notwendigkeit verstärkter euro-atlantischer Konsultation umfaßt im Grunde alle Bereiche, auch die Sicherheitspolitik. Auch Deutschland muß sich in Zukunft als Konsequenz des Endes des Ost-West-Konflikts an Out-of-Area-Einsätzen beteiligen. Dies ist eine neue Anforderung an die deutsche Politik, die angesichts unserer seit Gründung der Bundesrepublik auf den nationalen sowie den NATO-Bereich begrenzten verteidigungspolitischen Philosophie psychisch wie politisch schwer zu verarbeiten ist. Die SPD wird sich um ihrer außenpolitischen Glaubwürdigkeit willen auch in einem rot-grünen Bündnis nicht von Positionen abbringen lassen dürfen, zu denen sie sich nun endlich nach schweren innerpolitischen Auseinandersetzungen durchgerungen hat

Die offizielle euro-atlantische Zusammenarbeit genügt im übrigen nicht. Auch in der Vergangenheit gab es einen semi- und nichtoffiziellen Austausch gewaltigen Ausmaßes. Es wird der euro-atlantischen Beziehung gut tun, wenn dieser Austausch ausgeweitet wird und auch die neuen Demokratien in Ostmittel- und Osteuropa einschließt.

5. Die Aufgaben in Ostmittel- und Osteuropa

Die Fortführung der europäischen Integration, die bisher auf den Westen des Kontinents beschränkt war, nach Osten hin ist gleichfalls an vorderster Stelle unter den außen- und sicherheitspolitischen Interessen Deutschlands zu nennen. Der wirtschaftliche Aspekt dieses Interesses liegt auf der Hand: Die Erweiterung eines erfolgreichen gemeinsamen Marktes um weitere Mitglieder verstärkt die Möglichkeiten profitablen Handelsaustausches und wirtschaftlichen Wachstums in der gesamten Region. Unser Interesse geht jedoch über den wirtschaftlichen Aspekt hinaus.

Die Nachbarn Deutschlands in Ost wie West würden mit Mißtrauen verfolgen, wenn Deutschland seine Beziehungen zu seinen ostmittel- und osteuropäischen Nachbarn jeweils gesondert - bilateral - gestalten würde. Hier würde die Gefahr auftauchen, daß ein Staat gegen den anderen ausgespielt wird, daß der eine Vorteile erhält, die der andere nicht hat, daß sich kleinere Staatengruppen gegen andere zusammenschließen - das Konfliktpotential und das Risiko wären so groß, daß aus Mißtrauen Meinungsverschiedenheiten und Konflikte erwachsen würden. Die Bilateralisierung der deutschen genauso wie der Politik der anderen EU-Mitgliedstaaten ist aber unvermeidbar, wenn die östlichen Nachbarn Deutschlands nicht multilateral in die EU und in die NATO integriert werden. Zu beobachten ist bereits heute, wie stark der Wunsch dieser Staaten nach engerer Westbindung und nach engerem Handelsaustausch ebenso wie nach engeren Sicherheitsbeziehungen zu ihren westlichen Nachbarn ist. Deshalb fordern sie die wichtigen Staaten Westeuropas - und vornehmlich Deutschland - immer wieder auf, auch bilateral enger mit ihnen zusammenzuarbeiten. Diese Entwicklung kann Westeuropa nur zu seinem Schaden ignorieren. Polen etwa, dessen größter Handelspartner Deutschland ist, wünscht mehr deutsche Investitionen, aber weniger Abhängigkeit von Deutschland. Beides zusammen ist nur dann zu verwirklichen, wenn Polen in gleicher Weise wie Deutschland multilateral in die EU und in die NATO eingebettet ist. Die bilaterale Abhängigkeit von Deutschland ist dann relativiert. Genau dies ist im Sinne dauerhaft stabiler Beziehungen, also auch im Interesse der deutschen Politik.

Hinzu kommt die Besonderheit des deutschen Verhältnisses zu Rußland. Rußland ist keine Weltmacht, wie die Sowjetunion es war, aber es ist weiterhin eine Großmacht und ein wichtiger politischer wie wirtschaftlicher Partner für Deutschland wie für die gesamte EU. Schon deswegen haben Deutschland, die EU und die NATO ein eigenes Interesse an engen konstruktiven Beziehungen zu Rußland. Wie wir haben beobachten können, ist andererseits auch das Interesse Rußlands an guten Beziehungen zum Westen so groß, daß es trotz seiner Ablehnung der Öffnung der NATO mit dieser zusammenarbeiten möchte. Der Grund liegt vor allem darin, daß die meisten NATO-Mitglieder zugleich Mitglieder der EU sind. Der Handel Rußlands mit der EU ist heute größer als der Handel mit allen restlichen GUS-Staaten zusammen. Die deutschen Investitionen in Rußland liegen ungefähr auf der Höhe der deutschen Investitionen in der Slowakei, und dennoch ist Deutschland einer der größten Investoren in Rußland und nach der Ukraine der größte Handelspartner Rußlands.

Rußlands Ablehnung der NATO-Öffnung resultierte aus seinem überkommenen Interesse, sich Einfluß- oder Pufferzonen zu erhalten. Gerade dieses Streben Rußlands ist es aber, was die Staaten Ostmittel- und auch Osteuropas fürchten. Alleine deshalb war es Deutschland und dem Westen nicht möglich, aus Rücksicht auf Rußland die Öffnung der NATO für die Staaten Ostmitteleuropas abzulehnen - die Nervosität dort wäre erkennbar gestiegen. Vielleicht war die ablehnende Haltung Rußlands verständlich. Rußland hat aber rechtzeitig erkannt, daß es noch anders gelagerte, wichtigere Interessen hat. Mit der Grundakte, die zwischen der NATO und Rußland beschlossen wurde, hat Rußland nun zwar kein Mitentscheidungs- oder Vetorecht in der NATO erhalten, es hat jedoch das Recht auf Information über Planungen und Entscheidungen in der NATO auf der Basis der Wechselseitigkeit bekommen. Selbst bei Missionen wie in Bosnien kann Rußland künftig nicht nur an der Mandatierung durch die OSZE und UNO, sondern auch an der Planung und Durchführung beteiligt werden. Die Grundakte ist deshalb ein so konstruktiver, in die Zukunft weisender Schritt, weil er belegt, daß Deutschland - wie seine westlichen Partner - an einer immer engeren Kooperation mit Rußland interessiert ist. Er belegt daneben das Interesse Rußlands an der Verbesserung der Kooperation mit dem Westen. Aus diesem Grund ist auch die Erklärung Außenminister Primakows zu begrüßen, daß Rußland langfristig auf eine Integration in die EU hinarbeite. Die Beispiele Spanien und Portugal haben gezeigt, wie lange es dauert, bis Staaten, die noch

nicht den Entwicklungsstand der EU-Mitglieder erreicht haben, Vollmitglieder werden können. Es ist also leicht auszumalen, wie lange es im Falle der ostmitteleuropäischen Staaten dauern wird, die weit hinter dem Stand Spaniens und Portugals zum Zeitpunkt der Aufnahme der Verhandlungen mit diesen Ländern zurückliegen. Die EU-Mitgliedschaft Rußlands wird deshalb erst im nächsten Jahrhundert zu entscheiden sein. Der erste große Schritt wird der Zusammenschluß Rußlands mit der EU zu einer Freihandelszone sein. Der Wille Rußlands aber, die Mitgliedschaft anzustreben, und das Bekenntnis Primakows sind dabei ein wichtiger Hinweis auf die Westorientierung eines demokratischen Rußlands.

Konzeptionell besonders schwierig zu lösen ist das Problem jener Staaten, die der NATO beitreten möchten, jedoch nicht oder noch nicht Mitglied werden können. Das sind insbesondere die baltischen Staaten. Selbst wenn der Westen ihnen versichert, daß ihnen von Rußland keine Gefahr drohte, ist ihre historische Erinnerung doch eine andere. Auch wegen der Stellungnahmen der russischen Duma ist das subjektive Sicherheitsinteresse dieser Staaten größer, als es von Westeuropa aus erscheint. Diese Staaten sind schon aus Rücksichtnahme auf Rußland nicht in die erste Runde der NATO-Öffnung einbezogen worden. Für die Zukunft sollte ein Beitritt der baltischen Staaten, z.B. in einer dritten Runde der NATO-Erweiterung, nicht ausgeschlossen werden. (Die zweite Runde der NATO-Erweiterung sollte sich ab 1999 auf Slowenien und Staaten Südosteuropas konzentrieren.) Die Ukraine beabsichtigt nicht, Mitglied der NATO zu werden. Sie hat sich positiv zur NATO-Öffnung geäußert, möchte ihre Beziehungen zu Rußland aber nicht verschlechtern. Aus diesem Grund hat die NATO mit der Ukraine eine eigene Charta vereinbart. Diese hat einen zum Teil anderen, aber nicht minder bedeutungsvollen Inhalt als die zwischen der NATO und Rußland vereinbarte Grundakte.

Mit all den Schritten einer Erweiterung von EU und NATO stellt sich die Frage, warum denn überhaupt neue Grenzen gezogen werden müssen. Nun führt die Erweiterung einer Institution notwendigerweise immer zu neuen Grenzen. Die Frage ist nur, ob diese neuen Grenzen besser sind als die alten. Insofern, als die Erweiterung von EU und NATO den Prozeß der Integration Europas vorantreibt, verringert sie die bestehenden Probleme. Schließlich wird deshalb von "Öffnung" gesprochen, weil die neuen Grenzen weniger zu neuen Frontstellungen führen als vielmehr zu einem Brückenschlag über alte Fronten hinweg. Die Fortführung der europäischen Integration nach Osten hin geht nur Schritt für Schritt vor sich. Das heißt, daß sich die Zahl der Mitglieder von EU und NATO nur allmählich erhöhen wird. Dennoch: Die Integration Europas führt zur Lösung von Problemen und nicht zur Schaffung neuer Probleme. Der Beschluß über den neuen KSE-Vertrag in Wien, der deutliche Abrüstungsfortschritte in Europa bringen wird, zeigt, welche positive Änderungen der Gesamtlage die Offenheit des Westens für Integration und Kooperation mit den Staaten des früheren Ostblocks zur Folge hat.

In diesem Zusammenhang wird immer wieder von der OSZE als der umfassendsten Organisation gesprochen, die einen Rahmen für Zusammenarbeit und Stabilisierung auch der Nachfolgestaaten des Ostblocks bilden kann. Damit allerdings kann die OSZE leicht überfordert werden. Die Unteilbarkeit der Sicherheit im Raum der OSZE besteht zwar auf dem Papier. Dennoch ist die Sicherheitslage beispielsweise Tadschikistans eine andere als die Irlands. Eine Institution wie die OSZE mit allen ihren verschiedenartigen Mitgliedern ist unersetzlich, wenn Normen zwischenstaatlichen und innerstaatlichen Verhaltens auf Dauer festgeschrieben werden sollen. In der Durchsetzung solcher Normen wird sie jedoch notwendigerweise schwach bleiben. Neben der Normendefinition liegt deshalb die Rolle der OSZE wesentlich im Bereich der Mandatierung von Maßnahmen bzw. im Bereich der Prävention von Konflikten. Die Absicht, die OSZE zu einer Alternative zur NATO zu entwickeln, war spätestens mit der Erweiterung der OSZE auf alle Nachfolgestaaten der

Sowjetunion aussichtslos - ohne OSZE wird es allerdings auch keine gesamteuropäische Friedensordnung geben. Ihr politisches Regelwerk muß deshalb ausgebaut, ihre Befugnisse müssen allmählich erweitert werden.

In Zukunft werden wir in Europa verschiedene Institutionen mit unterschiedlichen Integrationsgraden haben. Je umfassender die Mitgliedschaft einer Institution ist, desto geringer wird ihre Integrationstiefe sein können. Deshalb muß Integration sich immer auf den Kreis jener Staaten beschränken, die dazu in der Lage sind, während mit den anderen die Kooperation ausgebaut werden muß. (Vor diesem Hintergrund ist es durchaus folgerichtig, innerhalb einer sich erweiternden EU auch über vertiefte Formen der Zusammenarbeit einiger Gruppen von Staaten innerhalb der EU zu sprechen, der sog. Flexibilität.)

6. Die Aufgaben im Mittelmeerraum

Die vielfältigen Probleme in dem Beziehungssystem Europa - Arabien - Israel zu lösen, entzieht sich den Möglichkeiten kurz- oder mittelfristiger Politik Deutschlands oder der EU. Mit der Konferenz von Barcelona wurde immerhin ein Anfang gemacht. Dabei geht es um die Bewältigung der wirtschaftlichen Rückständigkeit der meisten nicht-europäischen Mittelmeerstaaten, um die gefährlichen Probleme, die immer wieder aus der politischen Konfrontation und Zersplitterung in der Region erwachsen, und schließlich auch um die Förderung des in der christlich-jüdisch-moslemischen Geschichte oft fehlenden zwischenkulturellen Verständnisses. Aus diesem Grund muß Deutschland - was nur im Rahmen der EU möglich ist - die Wirtschaftsreformen und deren soziale Absicherung in den nicht-europäischen Staaten des Mittelmeerraumes begleiten, Vorhaben der Armutsbekämpfung unterstützen (schon um der Verschärfung von Problemen des Bevölkerungswachstums und Migrationsdrucks vorzubeugen), Rüstungskontrollvereinbarungen, vertrauensbildende Maßnahmen und Abrüstungsvereinbarungen vermitteln, die Demokratisierung, die Entwicklung des politischen Pluralismus, der Respektierung der Menschenrechte und der Bedeutung der Zivilgesellschaften - insbesondere was die Fragen des Schutzes von Frauen und ihre Rechte betrifft - fördern. Der israelisch-palästinensische Friedensprozeß ist hierbei ein wichtiger Bestandteil.

7. Globale Aufgaben

Moral und Werte spielen in der Außenpolitik ihre Rolle. Gerade mit Staaten, deren Moral- und Wertvorstellungen den unseren gleichen, lassen sich die bilateralen Beziehungen am einfachsten und konstruktivsten ausbauen - zu beider Nutzen.

Die außen- und wirtschaftspolitischen Interessen können andererseits aber auch in ein Spannungsfeld mit dem Interesse an einer intensiven und offensiven Menschenrechtspolitik geraten. Dann bedarf ein Land, das so stark exportorientiert ist wie Deutschland, für seine Politik keiner zusätzlichen Legitimation, wenn sie seine außenpolitischen Interessen stützt. Dann müssen Prioritäten abgewogen werden. Solch eine Abwägung mag im Einzelfall schwierig sein. Sie ist aber legitim und notwendig, wenn ein Land globale Interessen hat, die wirtschaftlicher, sicherheitspolitischer oder auch kultureller Natur sein mögen.

Zu den außenwirtschaftlichen Interessen Deutschlands kommt, daß die globalen Gefahren, die während des Ost-West-Konflikts hinter das Problem der Sicherheit getreten waren, ebenso in den Vordergrund drängen wie die weltweit wirkenden Kräfte wirtschaftlicher Dynamik und neuer Technologien. Deutschland muß deshalb an der umfassenden Regelung der ökologischen Problematik ebenso gelegen sein wie an der Lösung von Migrations- und Waffenproliferationsproblemen. In den global orientierten Institutionen hat Deutschland deshalb immer eine aktive Rolle gespielt und sich spätestens seit der Zeit der sozialliberalen

Koalition für eine internationale Politik der Kooperation und des Interessenausgleichs, des Dialogs und der Vertrauensbildung eingesetzt. Das deutsche Interesse an einem ständigen Sitz im Sicherheitsrat der UNO ergibt sich direkt aus dieser Bereitschaft und der Fähigkeit, globale Verantwortung zu übernehmen. Es deckt sich mit dem anderer Staaten. So gibt es ein Interesse der Dritten Welt an einem Sitz für Deutschland, weil Deutschland von seiner Interessenlage her multilateral agiert als die USA und deshalb tendenziell am Interessenausgleich zwischen Nord und Süd größeres Interesse hat.

Ob Deutschland längerfristig diesen neuen Anforderungen an seine Außen- und Sicherheitspolitik gewachsen ist, ist nicht vorherzusagen. Auch vor dringlichen Herausforderungen kann ein Land versagen. Die Flexibilität allerdings, mit der Deutschland seit 1990 versucht hat, sich auf die neuen und sich weiter ändernden Bedingungen in seiner außen- und sicherheitspolitischen Lage einzustellen, stimmt optimistisch. Auf der Grundlage der Erfahrungen während des Ost-West-Konflikts sollte Deutschland in der Lage sein, mit der Situation nach der Beendigung des Ost-West-Konflikts umzugehen. Noch einmal: Deutschland befindet sich in einer Situation wie nach dem Jahr 1648, wie nach dem Wiener Kongreß im Jahr 1815 oder wie nach dem 2. Weltkrieg, also wie nach allen Umbruchmomenten der europäischen Geschichte, in der die außen- und sicherheitspolitischen Strukturen Europas neu definiert wurden. Wie damals, so müssen wir auch heute lernen, damit umzugehen.

VOIGT Karsten D.
Mitglied des Deutschen Bundestages in Bonn.